



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Preußen und der Bundesstaat.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

villè u. s. f. bis nach Paris, in welchem Orte er, seiner Anstcht nach, „wegen der der Republik drohenden Gefahr,“ weit unentbehrlicher sei als bei Zaatcha, „wo jede angemessene Anordnung fehle.“ Ohne Zweifel wollte er seinen Oheim nachahmen, die französische Regierung jedoch meinte, daß dieser Versuch mißglückt sei, und ließ ihn, durch Dekret seines Veters Ludwig Napoleon, des Präsidenten der Republik, von dem ihm anvertrauten militärischen Posten entheben.

Am 7. November betrug, offiziellen französischen Angaben zufolge, der Verlust der Franzosen an Todten und Verwundeten 50 Offiziere, 800 Soldaten; nicht wenig empfindlich sind ferner die Verluste, welche die Franzosen durch Desertionen erleiden. Und um das Mißgeschick auf den Gipfel zu bringen, wüthet jetzt in Algerien die Cholera auf eine furchtbare Weise; in Oran z. B. hatte bis zum 5. November das Militär 700 und die Bürger (blos Franzosen) 3700 Todte durch diese schreckliche Krankheit verloren.

Peter Buonaparte, der Narr, zeigt aber nur in einem Zerrbild die gegenwärtige Stimmung der höhern Offiziere in Frankreich. Die Revolution, die klägliche Schwäche des Staats hat die französischen Generale zu politischen Intriguanten gemacht; in Paris wollen sie Alle jetzt die Früchte für den Kriegsruhm erndten, den sie sich unter Louis Philipp, dessen Regiment den Franzosen für so ruhmlos galt, mit ehrlicher Tapferkeit erwarben. Algier ist für Alle jetzt ein Ort der Verbannung; als politische Abenteuerer und Verschwörer sitzen sie in den Salons und Parteiclubs der Hauptstadt, ihr Egoismus flattert jetzt nackt, widerlich um die Tribüne und den Thronessel der sterbenden Republik herum. Was soll ihnen jetzt Algier! — Und so wird es geschehen, daß Frankreich Schmach und Schande erfährt in seiner afrikanischen Besitzung, die Verwaltung ist bereits elend, und elend ist die Kriegsführung geworden. Auch das ist Symptom einer Fäulniß, welche am Mark des schönen Frankreichs zehrt. Und von jener unbekanntem Dase an der Grenze Algeriens aus mag leicht ein Fieberschauer über Frankreich kommen, welcher das schwache Regiment und die unkriegerischen Napoleoniden vom Lande abschüttelt und neue Krisen hervorruft, deren Verlauf wir fürchten, aber nicht erkennen.

Preußen und der Bundesstaat.

Nächstig wird an dem deutschen Bundeshaus fortgezimmert. Wenn man sich bescheidet, daß jetzt einmal nicht die Zeit kühner Thaten ist, weil weder Völker noch Regierungen ausdauernde Energie zu verwenden fähig sind, so mag man immerhin mit dem zufrieden sein, was in der letzten Zeit geschehen ist, die Trümmer des alten Deutschland in ein neues Werk zusammenzufügen.

Langsam, wie zögernd liefen die Beitrittserklärungen der einzelnen deutschen Staaten zu dem Interim ein. Die Oestreicher Freih. v. Kübeck und v. Schönhals, die Preußen v. Radowiz und Böttcher sind die Commissarien bei den bevorstehenden Conferenzen zwischen der preussischen Union und dem Kaiserstaat. — Die Presse, zumal in Süddeutschland, sieht das Interim mit Mißtrauen, ja mit Abneigung heranziehn. Das ist Unrecht und Kurzsichtigkeit. Die Verwirrung und Rathlosigkeit in den bisherigen allgemein deutschen Angelegenheiten ist so unerträglich geworden, daß eine jede Verständigung darüber zwischen den Parteien höchst willkommen sein muß. Während ein possenhafte Reichsministerium den Befehl gibt, die Gestirn vor Preußen zu schützen, und die Execution im Bentinckschen Prozeß an Oldenburg dekretirt, liegen die Befestigungsarbeiten an den alten Bundesfestungen darnieder, schaukelt die deutsche Flotte ohne anerkannte Flagge und legale Eigenthümer zerstreut in deutschen und fremden Häfen, sind die realen Forderungen der einzelnen Staaten an einander in den ärgsten Widerspruch gekommen. Hier thut vor Allem eine Entscheidung Noth. Nur wenn Preußen und Oestreich sich verständigen, kann diese herbeigeführt werden. Was sonst noch Gutes aus dem Interim kommen kann, läßt sich jetzt nur muthmaßen; daß es aber zum Nutzen für Deutschland gereichen wird, darauf mag man sich ruhig verlassen, freilich aus einem schlechten Grund, denn confuser und kläglich als es jetzt ist, kann es kaum werden. —

In den Sitzungen des Verwaltungsraths sind in der letzten Zeit die Wahlverordnungen zum Reichstag für die einzelnen Staaten geprüft worden, Erfurt ist als Sitz des nächsten Reichstages und der 30. Januar als Termin der Wahl definitiv festgestellt. Wir sehn jetzt Land und wollen uns darüber freuen. Noch höher fast als die Sicherheit, welche die Volksvertretung der neuen Union gewonnen hat, schlagen wir die Sprache an, in welcher Preußen in der Sitzung des Verwaltungsraths vom 17. November den ermüdenden Notenwechsel mit Hannover und Sachsen abschließt. Nicht ohne beißende Ironie, ja mit einem gewissen Humor ist diese Abfertigung geschrieben. Preußen verkennt die Gefahren, welche auf dem eingeschlagenen Wege liegen, durchaus nicht, ist aber entschlossen, dieselben unter allen Umständen zu bestehen. Hannover hatte sich Preußen gegenüber wie ein alter respektabler Reactionär mit ziemlichem Bäuchlein, kurzem Gesichtskreise und mürrischem Gemüth ausgesprochen, und hatte ihm wie mit heiserer Stimme zugeflüstert: hüte Du Dich selber, Preußen, alter Geschäftsfreund, die kleinen Staaten stecken voller Demokraten, Du wirst Dich selbst ruiniren, wenn Du mit ihnen gemeinsames Spiel machst. Darauf antwortet Preußen: Dank für den guten Rath, Preußen schlägt die Gefahr nicht so hoch an als Hannover und würde nie in der Gefahr einen Grund finden, sein den Bundesgenossen und der Nation gegebenes Wort zu brechen. Glücklicherweise aber steht es nicht so schlimm. Preuss.

ßen hat seine Gefahren gegen den Vortheil für Deutschland abgewogen und dann mit freudigem Entschluß gewählt, was es für Recht hielt, durch Guer Thun ist es nicht überrascht worden; übrigens sind auch die Demokraten keine Freunde der Union und grade Ihr seid im Bunde mit den Demokraten bemüht, die Union zu verderben. Diese Antwort ist so deutsch und entschieden, daß wir schon durch sie die Union für gesichert halten. Wenn Preußen ernsthaft will und fest für die Union steht, so ist sie und die Zukunft Deutschlands gerettet. Nur eine bewußte Kraft, nur ein männlicher Wille in dem schwachen Treiben dieser Jahre!

Die Lage aller deutschen Staaten, welche gegen die Union aufgestaucht haben, ist in der That eine trostlose, das einzige Hannover ausgenommen, dessen Finanzen noch geordnet und dessen Politik durch das Uebergewicht des großen aristokratischen Grundbesitzes noch mit einigem Recht den ultraconservativen Anstrich hat. Aber weder Sachsen noch Baiern, noch Württemberg noch der Kaiserstaat, sind im Stande sich auf die Länge einem Bundesstaat, welcher neben Oestreich ausblüht, zu widersetzen. Sachsen würde in Kurzem durch seine Interessen und die eigene Schwäche in den Bundesstaat gedrängt werden, und wenn nicht eher, sicher um das Jahr 54, wo die Verträge des Zollvereins zu Ende gehen; der Staat Württemberg ist in innerer Auflösung begriffen, welche Römers Popularität aufhalten konnte, die aber unter dem jetzigen Ministerium offen zu Tage liegt. Kleinliche Zänkereien, eine grossende Unzufriedenheit mit jeder Regierung und die Finanznoth müssen den schwäbischen Stamm zu einer Hilflosigkeit bringen, welche alle Vorurtheile der Regierung und des Volkes gebieterisch beenden wird; Baiern hat noch die Wahl zwischen dem Anschluß an Oestreich oder der Union, es wird sich im letzten Augenblick nicht verbergen können, daß der Anschluß an einen einigen und doch doch kranken Staatskörper, wie Oestreich, mit sehr scharf ausgeprägten egoistischen Interessen, eine viel schlimmere Vernichtung des bairischen Lebens ist, als der Eintritt in eine Föderation, einen vielgliederten Organismus, von welchem Baiern ein respectabler und einflußreicher Theil werden kann. Wählt aber Baiern doch den Anschluß an Oestreich, so tritt eine Zersehung des protestantischen und katholischen Theils ein und die Demokratie des fränkischen und schwäbischen Antheils und der Pfalz wird ihre traurige Aufgabe erfüllen, den Staat zu vernichten, ja vielleicht auch Oestreich „anzustecken.“ Der Kaiserstaat selbst aber, welcher noch vor kurzem in der öffentlichen Meinung für ein sinkendes Wrack galt, und jetzt auf einmal, durch wenige ministerielle Verfügungen für consolidirt und hoffnungsvoll gilt, schwebt in der That noch immer am Rande des Abgrundes. Man muß so kopflos sein, wie ein Theil der östreichischen Patrioten, oder so sehr Gefühlsmensch, wie die meisten Großdeutschen, um das zu verkennen. Wenn der Finanzminister Kraus die Steuer für Colonial- und Rübenzucker denen des Zollvereins gleichmacht, wenn der Handelsminister Bruck das seltsame und in seinem Detail unausführbare Ideal einer Zollverbin-

ding zwischen Oestreich und Deutschland ausarbeitet, wenn der Justizminister Bach eine Masse von organisirenden Bestimmungen in die Provinzen des Kaiserstaates schleudert, welche entweder von den regierenden Generälen ad acta gelegt, oder durch die Widerseßlichkeit einzelner Corporationen beseitigt werden, so ist dadurch für Oestreich noch gar nichts gewonnen. Die neue Anleihe von beiläufig 70 Millionen hat wegen sehr geringer Betheiligung des Auslandes auch sehr geringen Erfolg gehabt, alle andern Versuche, in die leeren Kassen Geld zu führen, scheitern ebenfalls. Die Einkommensteuer z. B. ist eine so demokratische Maßregel, daß kein Toryministerium im Stande ist sie durchzusetzen, auch würde ihr Resultat ein sehr ungenügendes sein, und die ganze verzweifelte Lage des Kaiserstaats läßt sich in die Worte zusammenfassen, daß die Erhaltung seiner Existenz mehr Geld kostet, als die Regierung aus der productiven Kraft des Staates herausziehen kann. Und diese Lage ist keine vorübergehende, im Gegentheil, es ist gar keine Veränderung derselben abzusehn, und sie ist so offenkundig, daß alle Finanzkünste dagegen nichts mehr helfen. Dazu kommt, daß die Zerrüttung in der Verwaltung eine trostlose geworden ist, die Generäle ernennen Ministerialssecretäre und die Adjutanten des Kaisers erlassen administrative Verordnungen; ein unseliges Ministerium hat wenig andere Aufgaben als Geld zu schaffen und den trügerischen Schein eines schlechten constitutionellen Lebens zu retten. Unter solchen Umständen ist weder eine staatlche, noch eine nationale, noch überhaupt irgend eine Politik dem Ausland gegenüber möglich. Wenn die östreichische Regierung gegen die deutschen Einigungsversuche demungeachtet bis jetzt mit Erfolg operirt hat, so ist dieser Erfolg einerseits aus der Schwäche der kleinen deutschen Regierungen und Stämme zu erklären, andererseits aber aus der günstigeren Stellung, welche Oestreich im Vergleich zur deutschen Union einnimmt. Oestreich, jetzt factisch ein absoluter Staat, hat Deutschland gegenüber nur abzuwehren und zu hindern, nicht neu zu schaffen, dazu genügen diplomatische Kunstgriffe und Gewandtheit der Regierung, auch wo sie ohne festen Willen und Kraft ist. Diese Einwirkungen verlieren ihre Macht, sobald ihnen gegenüber etwas wirklich geschaffen wird, was dem Bedürfniß der Nation genügt und die Fähigkeit zeigt zu leben.

Wir haben jetzt keine andere Zukunft, keine Hoffnung für Deutschland, als die Union, den nächsten Reichstag und eine Verfassung, daran fest zu halten soll jetzt unsere Pflicht sein und unser Stolz.

Correspondenzen und Notizen.

Kaiser Franz Joseph in Prag.

Großes Diner auf Gold wurde heute servirt auf dem Prager Schloß, denn gestern kam Kaiser Franz Joseph in die alte Königsstadt, die ihn seit sechs Wochen erwartete. Endlich brennen all die Lampions an den Thürmen, Kirchen und Pallästen, sie brennen still und sinnig vor sich hin, nur der alte Wasserturm der Altstadt ragt schwarz und unbedacht in die dunkle Nacht hinaus und überläßt es seinen beleuchteten Brüdern mit Lichtern und Lampen zu prangen, er selber hat im Jahre 1848 ausgedient, als ihn der Heldenmarschall durch seine Kanoniere in Brand stecken ließ, damit die Leuchte weit in's Land die Kunde bringe, daß das alte Prag wieder einmal besetzt worden.